

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller\*in: BAG Frauenpolitik  
Beschlussdatum: 03.01.2025

### **Änderungsantrag zu WP-01-K3**

**Von Zeile 398 bis 400 löschen:**

Schwangerschaftsabbrüche grundsätzlich außerhalb des Strafrechts geregelt werden. Wir treten dafür ein, dass die ~~notwendige~~-Beratung durch ein abgesichertes Angebot von Beratungsstellen in vielfältiger Trägerschaft

### **Begründung**

das Wort "notwendige" klingt sehr nach einer Pflichtberatung, die wir ja eigentlich nicht wollen.